

Staatspersonal soll mehr bezahlen

Pensionskasse Um den maroden Staatshaushalt zu entlasten, müssten die Arbeitgeberbeiträge steigen, fordern SVP und FDP. Das gibt Streit.

VON HANS-MARTIN JERMANN

Ist der Kanton Baselland noch ein guter Arbeitgeber? Wie geht er mit seinen Angestellten angesichts der eigenen Geldsorgen um? Spätestens seit der vom Landrat im vergangenen Herbst beschlossenen generellen Lohnkürzung um ein Prozent ist darüber eine Riesenkontroverse entbrannt. Mit einer Parlamentarischen Initiative zur Entlastung des Kantons bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) giessen SVP und FDP neues Öl ins Feuer: Sie fordern, dass die Pensionskassenbeiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmenden neu je zur Hälfte getragen werden.

Derzeit gilt bei den Spar- und Risikobeiträgen sowie den Verwaltungskosten eine Beteiligung von 55 (Arbeitgeber) zu 45 Prozent (Arbeitnehmer). Diese Übergangsregel ist 2014 im Rahmen der milliardenteuren Sanierung der BLPK eingeführt worden. Zuvor lag das Finanzierungsverhältnis noch stärker zuungunsten des Kantons - bei 60 zu 40.

«Privilegierte Behandlung»

Für den Bottminger SVP-Landrat Hanspeter Weibel ist es höchste Zeit, den Schlüssel zu ändern: «Die privilegierte Behandlung des Kantonspersonals gegenüber Angestellten in der Privatwirtschaft ist nicht mehr angezeigt», sagt er und verweist darauf, dass bei den Unternehmen eine paritätische Finanzierung längst Standard sei. FDP-Fraktionschef Rolf Richter sieht es genau gleich: Es sei zwar wichtig, dass der Kanton ein verlässlicher und guter Arbeitgeber sei. «Doch wir müssen wegkommen von Arbeitsverhältnissen,

die es so anderswo kaum gibt», sagt er. Weibel verweist darauf, dass der Kanton bei seiner Pensionskasse seit der grossen Sanierungsrunde bereits wieder mit Zusatzbeiträgen belastet worden sei. So etwa hat der Kanton als Kompromiss zur Gemeinde-Initiative einen Teil der Deckungslücke der bei der BLPK angeschlossenen Gemeinden finanziert.

Im Frühling hat die bz bekannt gemacht, dass bei der BLPK wegen der schlechten Performance 2015 bereits wieder ein Loch klafft. Alleine für den Kanton beträgt die Deckungslücke 52 Millionen Franken, wovon 40 Millionen der Rechnung 2015 belastet wurden. Zwar habe der Verwaltungsrat der BLPK beschlossen, vorerst keine weiteren Sanierungsschritte einzuleiten, erläutert Weibel und fügt an: «Doch das wird kommen wie das Amen in der Kirche.»

7 Millionen für die Staatskasse

Laut Weibel könnte eine Änderung des Beteiligungsschlüssels die Staatskasse bei den Arbeitgeberbeiträgen um rund 5 bis 7 Millionen Franken entlasten. Weibel betont, dass er und andere Bürgerliche bereits im Rahmen der grossen Sanierung auf eine 50:50-Lösung gedrängt hätten. Allerdings sei diese damals nicht mehrheitsfähig gewesen. Beim zweiten Anlauf haben SVP und FDP nun viel bessere Chancen - auch wegen der aktuellen Mehrheitsverhältnisse im Landrat: SVP und FDP besetzen gemeinsam die Hälfte der 90 Sitze; gemeinsam mit einigen CVPLern, die laut Weibel ihre Unterstützung bereits zugesagt haben, dürften die Bürgerlichen eine solide Mehrheit erzielen.

Das letzte Wort wird das Volk haben. Eine Parlamentarische Initiative ist ein spezielles Instrument, die den Regierungsrat aussen vor lässt: Wird sie überwiesen, arbeitet eine Landratskommission eine Vorlage aus, die nach einem erneuten Ja des Parlaments direkt dem Volk vorgelegt wird.



Mehrmals wurde der Bach in ein neues Bett gezwängt: Ab 1911 verschwand das offene Gewässer auch in der Hauptstrasse in einer Dole. STAATSARCHIV BL



Ein Hauch von Venedig: Hauptstrasse. KEY



Für einmal gehören Gummitiefel zur Grundausrüstung. KEY



Die Tramlinie 14 war stundenlang unterbrochen. MARTIN GRAF



Ein überschwemmter Keller. MARTIN GRAF



Arzneimittel landeten im Wasser: Apotheke Rössli. MARTIN GRAF



Die Flut hinterliess einen zähen Schlack. MARTIN GRAF

NACHRICHTEN

LÄUFELFINGEN Gemeinde lässt Verfassungsklage fallen

Die Gemeinde Läuelfingen hat gestern Morgen beschlossen, die Verfassungsbeschwerde gegen den Kanton Baselland im Zusammenhang mit dem Landratsbeschluss vom 25. Februar 2016 nicht weiter zu verfolgen. Durch den Entscheid der Kantone Baselland und Solothurn, die Nachkurse der S9 («Läuelfingerli») auch 2017 weiter fahren zu lassen, habe «an der grundsätzlichen Aufhebung des Landratsbeschlusses kein nachträgliches Interesse mehr bestanden», teilte die Gemeinde gestern mit. Die für morgen Mittwoch angesetzte Verhandlung vor dem Baseltbieter Kantonsgericht ist abgesagt worden. (BZ)

BINNINGEN Amacker neu im Vorstand des Verkehrshauses

Die frühere Baseltbieter CVP-Nationalrätin Kathrin Amacker ist an der 69. Mitgliederversammlung des Vereins Verkehrshaus der Schweiz in den Vorstand gewählt worden. Die in Binningen wohnende Leiterin Kommunikation und Public Affairs der SBB ergänzt die bisherige Vereinsführung mit Franz Steinegger (Präsident), Urs W. Studer (Vizepräsident), Hans Koller, Paul Kurrus, René Stammach und Peter Steiner (alle Mitglieder). Der Verein betreibt das meistbesuchte Museum der Schweiz. (BZ)

LIESTAL Gymnasiasten unzufrieden mit Absenzensystem

In einer Medienmitteilung der Schülerorganisation fordern die Liestaler Gymnasiasten Änderungen an der vor zwei

Semestern neu eingeführten Absenzregelung. Das neue Punktesystem bietet der Schülerschaft zwar grosse, geschätzte Freiheiten, doch führe es auch zu Unsicherheiten und Konflikten mit der Lehrerschaft. Da gewisse Lehrkräfte den nicht-krankheitsbedingten Absenzen nur wenig Verständnis entgegenbringen würden, führe dies «zu einem allgemein schlechten Klima im Klassenzimmer». Darum fordert die Schülerschaft nicht nur einen klaren Katalog an Absenzgründen und deren punktemässige Auswirkungen auf die individuellen Abwesenheitskontingente, sondern auch eine Veränderung in der Einstellung der Lehrerschaft. (BZ)

LIESTAL Ausstellung im Palazzo wird verlängert

Wie die Betreiber mitteilen, wird die Ausstellung der Baseltbieter Kunstsammlung «Ein Aussenblick» im Liestaler Kulturhaus Palazzo bis kommenden Sonntag verlängert. Die von der Zürcher Kunsthistorikerin Dominique von Burg und Palazzo-Direktor Niggi Messerli kuratierte Ausstellung zeigt die Höhepunkte aus über 80 Jahren Sammeltätigkeit des Kantons. (BZ)

FACHAUSSCHUSS MUSIK Staatlicher Zuschuss für «Fleisch-Requiem»

Der Fachausschuss Musik der Kantone Basel-Stadt und Baselland vergibt neben diversen anderen Zuschüssen 35 000 Franken an die Musikproduktion «A Requiem For A Piece Of Meat», eine Kooperation von Daniel Hellmann und «novantik project basel». Das bikanonale Gremium schüttet jährlich 350 000 Franken zur Förderung des regionalen Musikschaffens aus. (BZ)